



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Noch keine Entscheidung im Buchdruckgewerbe.

Mit den Verhandlungen um neue Löhne im Buchdruckgewerbe sind wir noch keinen Schritt weitergekommen. Bei der bekümmerten Haltung der Unternehmer, die von uns schon verschiedentlich beteuert wurde, ist das ja auch kein Wunder. In den ersten Verhandlungen sträubten sie sich ja überhaupt, eine Lohnzulage zu bewilligen und wollten Verlängerung des bestehenden Spitzenlohns bis 31. Mai, d. h. solange der Manteltarif läuft.

Kurz wurde schon über die Schlichtungsverhandlungen am 2. April berichtet, die mit dem Entschluß des Schlichters, den Spitzenwochenlohn auf 30 Goldmark zu erhöhen, endeten. Außerdem wurde noch ein zweiter Schiedspruch über die Sonderzulage des besetzten Gebiets des Kreises II gefällt, der in der letzten Nummer der „Solidarität“ nicht mehr veröffentlicht werden konnte. Dieser Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

„Die Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises II wird vom 20. März bis 2. Mai 1924 auf 10 Proz., vom 3. bis 31. Mai 1924 auf 5 Proz. des Tariflohns festgesetzt. Für die angrenzenden Gebiete, die von den Reichs- oder Staatsbehörden bisher wie das besetzte Gebiet behandelt wurden und heute nicht mehr als solches behandelt werden, kommt die Sonderzulage mit Wirkung vom 20. März 1924 in Fortfall.“

Noch an demselben Tage, da der Schlichter diese Entscheidungen traf, traten die Arbeitervertreter zu einer Besprechung der Schiedsprüche zusammen und sind nach reiflicher Ermüdung einstimmig zu der Auffassung gekommen, diese Entscheidungen abzulehnen. Diese Stellungnahme wurde allerdings nur angenommen von den Vertretern der vereinigte Arbeiterchaft, die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben den Schiedsprüchen ihre Zustimmung gegeben. Die Unternehmer haben ebenfalls die Entscheidungen des Schlichters anerkannt und auch in ihrem Fachorgan, der „Zeitschrift“, die sich aus dem Schiedspruch ergebenden Wochenlöhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter veröffentlicht.

Die Gründe, die unsere Vertreter zur Ablehnung des Schiedspruches veranlaßt haben, liegen klar auf der Hand. Bei dem außerordentlich guten Geschäftsgange im Buchdruckgewerbe, das für die Unternehmer Nervenverdienste abwirft, will man die Arbeiter mit winzigen Beträgen abspießen. Bei einem Spitzenwochenlohn von 30 Goldmark, den im ganzen Reich nicht mehr als ein Viertel der Gehilfen bekommen würden, beträgt der Lohn einer Arbeiterin über 21 Jahre in einer mittleren Stadt rund 14 Mk., während für eine Hilfsarbeiterin gleichen Alters der herrschende Wochenlohn von 11,50 Mk. herauskommt. Von diesen Verdiensten gehen dann noch die Beiträge für die Sozialversicherung und die Steuer ab, und nun erklären uns ein Unternehmer, wie ein Mäcker mit dem, was übrig bleibt, sich erhalten soll. Nicht besser steht es mit den Löhnen der Gehilfen und Hilfsarbeiter, die eine Familie zu ernähren haben oder, wenn sie ledig sind, nicht ihren Eltern zur Last fallen wollen. Aber alles das wissen die Unternehmer, scheint ihnen jedoch gleichgültig zu sein. Nebenfalls wollen sie nicht mehr zahlen und sind ängstlich darauf bedacht, ihren Profit zu erhalten. Von der Arbeiterchaft verlangen sie im trauten Verein mit den Unternehmern anderer Gewerbe und Industrien, daß sie die deutsche Volkswirtschaft gesund hungern soll.

Die Unternehmer des Buchdruckgewerbes handeln nach höherer Weisung, die von der Vereinigung Deutscher Unternehmerverbände herausgegeben wurde. In einem Rundschreiben dieser Vereinigung vom 28. März, des die Lohnpolitik behandelt und besondere Anweisungen gibt, wie die Löhne niedrig gehalten werden müssen, wird auch auf die gute Geschäftslage im Buchdruckgewerbe eingegangen. Hier wird auf die drohenden Gefahren von Lohn-erhöhungen hingewiesen, die um so größer sind, als in manchen Industriezweigen, namentlich in der Bekleidungsindustrie, im Buchdruckgewerbe und anderen eine gute Konjunktur zu beobachten ist, die stellenweise bis zu einem empfindlichen Facharbeitermangel führte. Es muß unter allen Umständen verhütet werden, daß durch reine Konjunkturlöhne das durch andere Wirtschaftswirtschaften bedingte derzeitige Lohnniveau in Orten, Bezirken und Fachgruppen erschüttert und damit eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Preise verursacht wird. Gar zu gern richten sich unsere Unternehmer nach diesen Hinweisen und sprechen bei den Verhandlungen, da sie ja die gute Geschäftslage nicht ableugnen können, von einer Scheinkonjunktur, die sofort nach den Reichstagswahlen abflauen werde.

Die Ablehnung der Schiedsprüche durch die Arbeitervertreter hat im ganzen Reich Verbreitung bei den organisierten Gehilfen und Hilfsarbeitern ausgeübt, die schon in einer großen Anzahl von Zuschriften, Telegrammen usw.

Zur Maifeier!

Arbeiter und Angestellte!

Jahrzehntlang haben wir für die Erringung des Achtstundentages demonstriert, bis die November-Umwälzung 1918 diese Forderung verwirklichte. Fünf Jahre haben die Gewerkschaften diese Errungenschaft gegen alle Angriffe verteidigen können. Im Dezember 1923 ist es dem Unternehmertum gelungen, mit dem schweren Geschütz der Inflation die gewerkschaftlichen Bastionen zu überwinden und die äußere Befestigungslinie, den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, zu durchbrechen. Das organisierte Unternehmertum wurde wieder einmal ruhmsieher der allgemeinen Notlage von Reich und Volk.

Noch aber ist der Kampf nicht völlig entschieden. In vielen Berufen steht die Entscheidung noch aus. Von der Haltung der Arbeitnehmerchaft, von der Kraft ihrer Gewerkschaften hängt es ab,

ob der Achtstundentag wiederhergestellt und gesichert werden kann, oder ob er als eine Epifobe, als wirtschafts- und sozialpolitisches Experiment beiseite gelegt wird.

Von euch, ihr deutschen Arbeiter und Angestellten, erwartet die Welt, daß ihr den Achtstundentag nicht preisgebt, sondern für seine dauernde gesetzliche Anerkennung eintrittet. Deshalb ist es für die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine Ehrensache, am 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Einmütigkeit und Entschlossenheit

für den Achtstundentag zu demonstrieren.

Und nicht für ihn allein. Sein Schicksal hat die ganze Sozialgesetzgebung geteilt, die vor der Inflation hinweggerissen ist. Überall wird abgebaut und schließlich bleibt von dem Schutz, den die Reichsverfassung der Arbeitskraft zusichert, nichts mehr übrig. Die Besiegenden, die jedes weitere Opfer scheuen, üben die Kontrolle über die Ausgaben des Reiches aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird trotz eigener Beiträge der Arbeiter-

und Angestelltenchaft eingeschränkt, die Lage der Kriegsbekämpften und Arbeitsunfähigen wird von Tag zu Tag trostloser. Die Vorarbeiten für ein einheitliches Arbeitsrecht sind zugleich eingestell. Die deutsche Auswanderung hat einen riesenhafte Umfang erreicht, weil der arbeitende Mensch in unserem Vaterland nichts mehr gilt. Deshalb muß am 1. Mai die

Wiederherstellung der Sozialgesetzgebung

und ihr weiterer Ausbau gefordert werden. Aber auch die letzte Errungenschaft der Novembertage, die deutsche Republik, ist bedroht. Die Verhandlungen über den Hitler-Ludendorff-Putsch haben gezeigt, daß die Feinde der Republik nicht nur offene, sondern noch mehr geheime Anhänger haben, die nur deshalb den Tag des Verfallsumsturz noch nicht für gekommen halten, weil die große Masse des Volkes treu zur Republik steht. Die Arbeiterchaft wird am 1. Mai ihr Gebotnis zur

Verteidigung der demokratisch-republikanischen Verfassung

erneuern und diesen Tag zu einer Heerschau der republikanischen Kräfte gestalten.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung gestaltet werden. Wir fordern euch daher auf, an diesem Tag liberal dort, wo es ohne erste Schädigung der Arbeitnehmerchaft möglich ist,

die Arbeit ruhen zu lassen.

Sorgt aber in jedem Falle dafür, daß der 1. Mai in diesem Jahre ein würdiger Festtag der Arbeit werde.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Bundesvorstand.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Der Vorstand.

sofort nach Bekanntwerden des Schiedspruches seine Ablehnung verlangen. In vielen Orten ist es zur Aufstellung der alten Forderung von 35 Mk. gekommen, die auch zu einem nicht geringen Teil bewilligt wurde. Viele Personale haben bei Ablehnung dieser Forderung die Kündigungen eingereicht, in einigen Orten ist es sogar zum Streik gekommen. Der Unwille der Arbeiterchaft ist nur zu berechtigt, da ihnen bei angestrebter Arbeit von den Unternehmern dauernd zugemutet wird, sich mit Hungerlöhnen zu begnügen.

Die Unternehmer haben die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche beantragt, um so die Arbeiter zu zwingen, den ihnen dann gesetzlich betrieblernen Wohnvertrag zu respektieren. Am 8. April haben im Reichsarbeitsministerium die Vorverhandlungen stattgefunden. Oberregierungsrat Dr. Mewes versuchte zwischen den Parteien zu vermitteln. Seine Bemühungen sind leider an dem Starrsinn der Unternehmer gescheitert. Die Prinzipale leisteten sich übrigens so einiges bei diesen Verhandlungen, daß selbst unsere Vertreter, die in der letzten Zeit allerhand von den Prinzipalen gewöhnt sind, erstaunt waren. Ihre Wortführer beliehen einen Ton bei den Verhandlungen, der energische Zurückweisung verdient. Besonders erregt waren die Unternehmer über die in den verschiedenen Orten spontan ausgebrochenen Lohnbewegungen. Ihr Grimm darüber ging soweit, daß sie sich zu der Behauptung hinreißen ließen, die Zentralleitungen hätten die Bewegungen im Reich organisiert. Außerdem sollen nicht wirtschaftliche, sondern politische Momente bei den Maßnahmen der Buchdruckereiarbeiter ausschlaggebend sein, die Arbeiter wollten vor den Reichstagswahlen die bürgerliche Presse ältlegen. Einen Beweis für diese Behauptung konnte der Redner natürlich nicht erbringen und ist auch nicht zu führen. Sehr enttäuscht sind die Prinzipale über die Ausnützung der Konjunktur durch die Arbeiter. Sie haben ganz vergessen, daß jetzt das ihnen seinerzeit Prophezeiende eintritt, als sie rücksichtslos unter Ausnützung der schlechten Arbeitslage die Löhne drückten und der Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes harte Arbeitsbedingungen aufzwangen. Damals wurde ihnen gleich gesagt, welche Folgen ihre Konjunkturtaktik haben würde. Die Zeit hat für uns gearbeitet. Die Arbeiterchaft ist auf äußerste erbittert über die seitens der Unternehmer betriebene Lohnpolitik und würde sich durch keine Weisung der Organisationsleitungen davon abhalten lassen, die Konjunktur für sich auszunützen, wozu sie übrigens bei der schädlichen Haltung der Unternehmer auch moralisch das größte Recht hat. Die Mitglieder der Organisationen bestürmen die Ver-

bandsvorstände durch unzählige Zuschriften und Entschuldigungen, die Streikpartei herauszugeben. Nur mit Mühe kann die Zeitung die berechtigte Empörung der Mitglieder in ruhige Bahnen lenken und sie vor unbesonnenen Schritten zurückhalten. Mit Recht hob bei den Vorverhandlungen ein Gehilfenredner hervor, was denn mit der Verbindlichkeitserklärung gebessert werden würde, da die Mitglieder der Gewerkschaften einfach nicht einsehen könnten und würden, daß sie zu einem so geringen Lohne zu arbeiten verpflichtet wären, obwohl viele Unternehmer schon jetzt viel höhere Löhne zahlen.

Durch die Taktik der Unternehmer werden wir allerdings noch in eine Kampfstellung gedrängt werden, und wir werden ja sehen, in welcher Art die Prinzipale unseren Maßnahmen zu begegnen wissen werden, was je großspurig verständig. Der Arbeiterchaft ist am Streiten und Kämpfen nichts gelegen, solange sie auf friedliche Art durch Verkündung mit einstimmigen Unternehmern zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen kommen kann. Die Zeitung der Gegenpartei im Buchdruckgewerbe aber läßt jedes Entgegenkommen vermissen und treibt die Arbeiter in ihrer Verweiflung zu Kampfmaßnahmen.

Der Reichsarbeitsminister soll nun auf Verlangen der Prinzipale die Schiedsprüche verbindlich erklären. Seine Entscheidung ist noch nicht erfolgt und wird erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Ob er dem Antrag der Unternehmer entgegenkommt, steht noch dahin. Die Organisationsleitung kann und will die Kollegen und Kolleginnen nicht daran hindern, sich höhere Löhne in den Betrieben zu erwirken, ohne das dabei gleich zu Arbeitsentstellungen zu kommen braucht. Auf dem Verhandlungswege ist manches zu erreichen, da viele Unternehmer sich gegen eine gerechte Lohnerhöhung durchaus nicht sträuben. Sofort nach der Entscheidung des Ministers wird den Gew.- und Ortsverwaltungen nähere Nachricht zugehen.

Die Herstellung von Montagszeitungen

hat an manchen Orten zu Unzuträglichkeiten geführt, die zwischen den Hauptstellenleitungen und den Unternehmern oft Anlaß zu langwierigen Verhandlungen waren. Hauptächlich in den Großstädten und vor allem in Berlin ist durch die Konkurrenz der Zeitungsverleger ein Wettlaufen veranstaltet worden; und zuerst mit seiner Zeitung herauskam, machte im Straßenhandel das beste Geschäft. Durch den Verkauf der Montagszeitungen noch am Sonntagabend auf den

Straßen, in Bier- und Kaffeehäusern sollte der Absatz gesteigert werden. Je früher eine Zeitung in den Handel kam, um so besser der Absatz. Die Folge dieser Händlerpraktiken unserer Zeitungverleger war ein stets früherer Arbeitsanfang in den Betrieben, so daß mit der Herstellung der Montagzeitung am zeitigen Sonntagmorgen, oft schon am Mittag, begonnen und die Ruhezeit der Arbeiter stark eingeschränkt wurde. Daß die Unternehmer dabei noch am Arbeitslohn „sparen“ wollten, versteht sich.

Die Uebelstände, die durch den Konturrenzkampf der Zeitungen mit der Zeit eingerissen waren, forderten dringend ihre Beseitigung. Nach der Gewerbeordnung ist allerdings die Ruhezeit für Arbeiter an Sonn- und Festtagen genau festgelegt worden, die Unternehmer „erinnerten“ sich jedoch dieser Bestimmungen nicht mehr. In Berlin ist nun eine Verordnung des Polizeipräsidenten erlassen worden auf Veranlassung unserer Berliner Ortsverwaltung und des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, nach der die Arbeitszeit an Sonn- und Festtagen neu geregelt ist. Auch für die Kollegen in anderen Orten, in denen derartige Arbeiten verlangt werden, werden die Bestimmungen des Berliner Polizeipräsidenten von Interesse sein, da eine ähnliche Regelung gegebenenfalls von ihnen angeregt werden kann.

In der für Berlin geltenden Verordnung wird der Arbeitsanfang auf 7 1/2 Uhr abends festgesetzt. Da um diese Zeit jedoch das gesamte für die Herstellung dieser Zeitungen benötigte Personal noch nicht beschäftigt werden kann und hauptsächlich die Arbeiten in der Fabrik beginnen werden, wird der Arbeitsanfang des Maschinenpersonals entsprechend später angelegt werden müssen. Wörtlich heißt es in der Verordnung:

„An Setzmaschinenbetriebern, in denen regelmäßig eine Sonntag- und Festtags-Abendausgabe oder eine Montag- und Montagfesttags-Morgenausgabe hergestellt wird, darf der Betrieb an den Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages, Oster- und Pfingstfeiertages, bereits um 7 1/2 Uhr abends in dem Umfang wieder aufgenommen werden, wie er zur Herstellung dieser Abend- oder Morgenausgabe notwendig ist. Den Betriebsbeamten und Arbeitern muß in diesen Anstalten an je drei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen eine ununterbrochene Ruhezeit gewährt werden, die mindestens zu betragen hat: am ersten Sonn- oder Festtag 18, am zweiten 24 und am dritten 34 Stunden. Am Weihnachtst-, Oster- und Pfingstfest muß die ununterbrochene Ruhezeit der Betriebsbeamten und Arbeiter mindestens 48 Stunden betragen.“

Damit ist auch die Ruhezeit festgelegt. Die Verordnung ist am 13. März in Kraft getreten. Auf strenge Einhaltung der Bestimmungen werden die Kollegen ein aufmerksameres Augenmerk haben müssen.

Außerdem ist über den Verkauf von Tageszeitungen eine Freischikung erfolgt. Gestattet ist der Verkauf in der Zeit von 9 1/2 Uhr abends an mit Ausnahme des ersten Weihnachtst-, Oster- und Pfingstfeiertages.

Eine drohende Gefahr.

Die deutsche Revolution brachte eine Umstellung der Arbeiterfrage in ihrer Stellung zum Staat. Die bis dahin negative Stellung mußte in eine positive, eine mitarbeitende, umgewandelt werden. Der Staat sollte die Grundlage werden für den Aufbau und die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens. Im Trubel der Revolution waren es die Arbeiter- und Soldatenräte, die das Wirtschaftsgesetz zusammenzufassen suchten, was ihnen auch gelang. Der mit der Revolution eingezogene Rätegedanke hatte in der Arbeiterfrage nicht nur eine sympathische Aufnahme gefunden, sondern für die kommende Zeit ist er eine Elementarforderung der Arbeiterfrage geworden. Jeder erinnert sich noch der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterfrage, wo es hieß: die Rätepolitik, die Parlamentarismus. Für diesen hat sich die Arbeiterfrage entschieden. Ob mit Recht oder Unrecht, bleibt dahingestellt. Kein System von beiden hat bis heute den durchschlagenden Beweis erbracht, daß es das allein richtige ist. Beide, Rätepolitik und Parlamentarismus, zu verbinden, war die damalige Aufgabe, nicht nur um beide Teile der Arbeiterfrage zu befriedigen, sondern

auch, um beide Systeme auszunutzen zu können zur Interessenvertretung des Proletariats. Das eine zur politischen und das andere zur wirtschaftlichen Vertretung, beide geeignet, die Machtposition der Arbeiterfrage zu festigen und Wege zu zeigen für das Endziel, die sozialistische Gesellschaft.

Wie es oftmals in Politik und Wirtschaft der Fall ist, sind auch hier die Ereignisse anders gekommen, als theoretische Voraussetzungen und Annahmen es uns erwarten ließen. Der 1918 gebrochenen politischen Macht des alten Staates war die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten nicht gefolgt. Bald hatten sie sich von dem Schlag erholt, tauchten an der Oberfläche auf und verschafften ihrer wirtschaftlichen Macht Geltung. Größere Konzentrationsbestrebungen verhalfen mit dazu, daß ihre jetzige Machtstellung die der Vorkriegszeit bald übertraf.

Der Kampf der Arbeiterfrage um den Rätegedanken war jedoch durch diese Umänderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gebrochen. Durch diese Verschiebung der Machtverhältnisse wurde der Kampf schwieriger, und mit Mühe und Not gelang es der Arbeiterfrage im Parlament, das heutige Betriebsrätegesetz durchzusetzen, um von dem einstigen Ideal retten zu können, was zu retten war. Dieses Gesetz entsprach nicht einmal den minimalsten Forderungen der Arbeiterfrage, doch sie mußte sich mit diesem Gesetz zufriedengeben, und es war ihre Aufgabe, aus dem Gesetz herauszuholen, was herauszuholen ist, und es in der Praxis so anzuwenden, wie es ihren Bedürfnissen entsprach.

Die Stimmen derer, die einst das Gesetz vollkommen ablehnten, sind verstummt. Als ein Sprungbrett zur Erreichung höherer Ziele wurde es benutzt und als ein Mittel zur Interessensvertretung der Arbeiterfrage im Produktionsprozeß hat es sich erwiesen. Trotz seiner Dürftigkeit hat es der Arbeiterfrage gute Dienste geleistet.

Eine wichtige Bedeutung des Betriebsrätegesetzes liegt wohl darin, daß es die Alleinherrschaft des Unternehmers im Betrieb gebrochen hat. Ein zweiter Wertschöpfungs- und Mitbestimmungs- „Herr-im-Haus“-Standpunkt mußte der Mitbestimmung der Arbeiterfrage im kapitalistischen Betrieb weichen. Diese Erringung ist wohl eine der wichtigsten Etappen in der Entwicklung der Arbeiterfrage. Der Arbeiter war nicht mehr ein Arbeiter mit Einzelvertrag, der im Betrieb nur als eine Nummer galt, die Arbeiterfrage eines ganzen Betriebes war durch das Betriebsrätegesetz, um mit Professor Kassel zu reden, aus ihrer bisherigen Vereinzelung heraus zu einer rechtlich anerkannten Einheit zusammengefaßt worden.“ Das Mitbestimmungsrecht gehört ebenfalls zu den wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes und ist der Arbeiterfrage ein notwendiges Hilfsmittel im Kampfe gegen den Unternehmer geworden. Die Betriebsräte sind wichtige Faktoren für die Durchführung der Arbeiterfrage, sie beaufsichtigen die Erfüllung der Tarifverträge, die zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften abgeschlossen sind, und wahren die Gesamtinteressen der Arbeiter gegenüber den Profitinteressen der Arbeitgeber. Das Betriebsrätegesetz brachte eine Verbesserung der bis dato bestehenden arbeitserrechtlichen Verhältnisse, kurz gesagt, ist die Betriebsvertretung ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes innerhalb der Betriebe.

Aber nicht nur für die Gegenwart haben die Betriebsräte Bedeutung, sondern auch eine historische Aufgabe liegt ihnen ob. Sie sollen die Vorposten der Arbeiterbewegung im Produktionsprozeß sein. In zähen Ringen haben die Betriebsräte verlohnt, und müssen auch weiterhin verlohnen, in den verwerlichen, geheimnisvollen Mechanismus der kapitalistischen Produktion einzudringen und sich die Kenntnis des Produktionsprozesses aneignen, müssen sie fernerhin versuchen eine wirkliche Produktionskontrolle auszuüben. Wenn einst der kapitalistischen Produktionsweise letzte Stunde geschlagen hat, ist es die große Aufgabe der Betriebsräte, die kapitalistische Produktion in die sozialistische umzuwandeln, ohne im Wirtschaftsleben größere Störungen zu verursachen.

Wir sehen, das Betriebsrätegesetz ist, auch in seiner heutigen Gestalt, ein wichtiger Machtfaktor des Proletariats. Ist bis heute vielfach die Auswirkung des Gesetzes noch bescheiden, dann finden wir die Ursachen in der mangelhaften Bildung der Arbeiterfrage, die begründet ist in der Entwicklung der Inflation, welche den Arbeiter durch tägliche Sorgen Luft und Zeit raubte, sich intensio geistig zu be-

tätigen. Die ökonomischen Verhältnisse sind besser geworden und auch auf diesem Gebiet kann jetzt erfolgreiche Arbeit geleistet werden.

Welche Gefahr droht jedoch jetzt diese Errungenschaft der Revolution! Die Reaktion hat längst ihren Einzug in Deutschland gehalten. Die Machtverhältnisse der Klassen haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr zugunsten der Bürgerlichen entwickelt. Die Inflation war ein Stück Klassenkampf des Kapitals gegen das Proletariat, unterirdisch und mit allen Feinheiten geführt. Die bürgerliche Regierung der letzten Jahre hat dem Proletariat gezeigt, wozu der Weg führt. Abbau der Sozialgesetzgebung aus angeblichem Geldmangel, Raub des Wohlstandes auf der einen Seite und Vorlese für die Besessenen auf der anderen Seite sind die Früchte des Kabinetts Marx. Der Reichstag ist nur aufgesperrt worden, weil die Regierung von Arbeiterparteien gestützt über die Wiedererrichtung des Wohlstandes usw. nicht zur Beratung kommen lassen wollte. Dies ist die letzte Handlung des Reichstages gewesen, und ist ein Symptom dafür, wohin in Zukunft der Weg gehen soll.

Die Arbeiterfrage schreitet am 4. Mai zur Wahl. Was diese Wahl bedeutet, muß jedem Arbeiter klar werden. Der Zug nach rechts soll fortgesetzt werden. Die Wahl soll die Entscheidung bringen, ob weiterhin der „Marxismus“ eine Rolle spielen soll oder nicht. Die Angriffe der Unternehmer sind schwer. Die Gewerkschaften wenden alle Kraft auf, um diese Angriffe abzuwehren. Auch im Betrieb vollzog sich in letzter Zeit eine Wandlung. Der Herrenstandpunkt der Unternehmer kommt wieder ans Tageslicht. Der ungeeigneten Arbeiterfrage steht das geeinte Bürgertum gegenüber, geeint auf der Plattform, den Arbeiter wieder zum Hebeln herabzubringen. Er soll in Zukunft wiederum ein Arbeiter sein, nicht mit Anteil haben am Kulturleben. Die Betriebsräte haben mit Unterstützung der Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gewährt. Die weiter oben angeführte Bedeutung der Betriebsräte hat auch das Unternehmertum erkannt. Ihre gesamte Macht konzentriert sich daher darauf, Mittel und Wege zu finden, um diese ihnen lästige Arbeitervertretung zu beseitigen. Ein großer Teil der von ihnen im Wahlkampf aufgetragenen Energie wird der Beseitigung des Betriebsrätegesetzes gelten. Haben sie ihre wirtschaftliche Vormachtstellung dazu benutzt, um die außerparlamentarische Macht an sich zu reißen, für ihre Interessen auszunutzen, dann soll ihnen die kommende Reichstagswahl Gelegenheit geben, auch ihr anderes Ziel, die Herrschaft über die Gesetzgebung, zu erreichen. Am kommenden Wahlkampf bietet das Unternehmertum alles auf, um die Mehrheit im Parlament zu erringen. Bötsche Demagogie, deren Gedanken auch in der Arbeiterfrage schon Fuß gefaßt haben (siehe Anordnungs-Berlin) leistet ihnen dabei Vorhieb. Kollegen und Kollegen, erkenne die Gefahr. Betriebsräte, feid auf der Hut. Ihr sollt die ersten sein, die dem Unternehmertum zum Opfer fallen. Sorgt dafür, daß die Arbeiterfrage erkennt, was ihnen droht. Hämmert es euren Mitkollegen in die Stirne, welche Attacke die Kapitalisten gegen das Betriebsrätegesetz reiten. Macht die Kollegenfrage aufmerksam auf die jetzige und die historische Stellung der Betriebsräte. Diese sind ein Markstein auf dem Wege zur proletarischen Macht-errungenschaft. Sie müssen uns bleiben. Ihre Beseitigung heißt Rückfall in die alte Sklaverei. Alle Gewerkschaftler, alle Arbeiter müssen sich am 4. Mai, bei der Reichstagswahl bewußt sein, daß nur die proletarischen Parteien es sind, die die Angriffe gegen das Betriebsrätegesetz verteidigen. Ist die Vertretung der Arbeiterparteien im kommenden Parlament groß genug, und noch stärker als im alten, dann ist das Betriebsrätegesetz gesichert und mit ihm ein Ausbau der Sozialgesetzgebung und eine Weiterentwicklung der Arbeiterfrage. Dazu beizutragen ist aller Arbeiter dringendes Gebot. H. Klaus, Berlin.

Der freigewerkschaftliche Kampf.

Zwei Punkte sind es, deren wegen die freien Gewerkschaften seit Jahrzehnten bekämpft werden: weil sie den entschiedenen Kampf gegen den Kapitalismus vertreten und internationalen Kampfscharakter haben.

Daß die Gewerkschaften mit dieser Auffassung in einem Gegensatz zum Denken aller der Jahrhunderte getreten sind, ist gewiß. Die ganze Geschichte ist Dynastiegeschichte und

Die Entwicklung des Steinbrudes.

Von Th. Wolff-Friedenau.

II. (Nachdruck verboten.)

Die Erfindung der chemischen Druckerei.

Mit der Erfindung der hochgepressten Steinbrudplatte war Senefelder zu der Stufe in der Verwendung des Steins für graphische Zwecke gelangt, die einige Jahre vorher schon der Dechant Simon Schmid aus Wiesbad erreicht hatte. Schmid hatte diese Erfindung zwar auch bereits zum Druck einiger Bild- und Schriftblätter verwandt, dann jedoch keinen weiteren Gebrauch davon gemacht, so daß das Verfahren so gut wie völlig unbekannt und unbenutzt blieb. Senefelder aber, der nichts von diesem Vorgänger und dessen Erfindung wußte, ging mit Energie daran, das von ihm nachgefunden Verfahren nutzbar zu machen und gewerblich zu verwerten. Er beschloß eine regelrechte Druckerei nach dem neuen Verfahren anzulegen, um endlich einmal mit seiner Arbeit auch Geld zu verdienen. Er wollte für seine erste Schriftstellerei, der bisher keine ganze Lebensarbeit und seine zahllosen Druckversuche gegolten hatten, ohne daß sie ihm auch nur den bescheidensten Lebensunterhalt gewährt hätte, aufgeben und „bloß Drucker um Lohn“ werden, wie er in seiner Lebensgeschichte schreibt.

Diesem Vorhaben aber stand zunächst wieder seine Armut im Wege. Woher sollte er die Mittel zur Einrichtung einer Druckerei nehmen? Etwa 200 Gulden wären dazu nötig gewesen, ein für seine und seiner Familie Verhältniß fast unerschwinglicher Betrag. In dieser Situation, an der alle seine Pläne zu scheitern schienen, griff Senefelder zu einem Verweissungsamt. Um sich das nötige Geld zur Aufbarmachung seiner Erfindung zu verschaffen. Er wollte die vier kleine Freiwit opfern und gegen Entgelt — Soldat werden. Damals bestand in Bayern noch die Einrichtung, daß ein Militärschlichter einen Erfolgmann stellen konnte. Um einen solchen zu finden, mußte er natürlich gut bezahlten,

jumal die Dienstzeit damals noch volle sieben Jahre dauerte. Ein Bekannter Senefelders, der bei der Artillerie eingestellt worden war, machte jenem das Anerbieten, gegen ein Entgelt von 200 Gulden sich statt seiner „inschreiben“ zu lassen und Senefelder — griff zu. Er überlegte, daß er nach der ersten militärischen Ausbildung vielleicht Urlaub nach Hause bekommen würde und dann mit dem verdienten Handgeld seine Druckerei einrichten könnte. Auf Grund seiner mathematischen, geometrischen und physikalischen Kenntnisse hoffte er sogar, auf besondere Beförderung bei der Artillerie rechnen zu können und trat daher wagemutig und hoffnungsreich mit einem Rekrutentransport die Reise nach Ingolstadt, dem Standort jenes Artillerieregiments an und bezog in der Kajüte des Regiments Quartier. Als er jedoch nach in der Nacht seiner Ankunft Zeuge der Verprügelung eines Rekruten durch einen Korporal wurde, wurde seine schnell erwachte Begeisterung für den Militärdienst freilich erheblich gedämpft. Daher war er ihm wohl auch nicht allzu schmerzhaft, daß auch dieses Unternehmen fehlschlug. Denn als er am anderen Morgen in die Stammmesse des Regiments eingetragen werden sollte und seine Papiere vorwies, wurde ihm nach Prüfung dieser eröffnet, daß er nicht eingestellt werden könnte, weil er, wenn auch bayerischer Untertan, doch im Auslande, in Prag, geboren sei und ein tüftelischer Befehl alle im Auslande Geborenen vom Kriegsdienst innerhalb der bayerischen Armee ausschloß. Also machte sich Senefelder, wiederum um eine Möglichkeit zur Ausübung seiner Pläne beraubt, auf den Weg nach Hause. „Als ich“, so berichtet er selbst in dem Buche, das er über den Werdegang seiner Erfindung geschrieben hat, „von der Donaubrücke in den majestätischen Strom hinabsah, in welchem ich als Student beim Baden schon einmal beinahe den Tod gefunden hätte, konnte ich nur mit Mühe den Gedanken unterdrücken, daß meine damalige Stellung mir nicht eigentlich kein Glück gewesen sei, weil ein unglückliches Schicksal mir gar das, dem hilflosesten sonst noch verbleibende Mittel, seinen Unterhalt auf ehrliche Weise zu verdienen, nämlich den Soldatenstand, zu verweigern schien.“ Ergreifend spricht

aus diesen Worten das tragische Schicksal des immer wieder enttäuschten Erfinders, dem sich trotz aller Kämpfe und Aufopferung für seine Ideen all und jedes Mittel zur Verwirklichung dieser zu verlagern schien.

Nach München zurückgekehrt, ging er trotz der letzten Enttäuschung mit ungebrochenem Mute daran, sich die Möglichkeit zur Verwertung seiner Erfindung zu verschaffen und gleichzeitig dadurch seinen Lebensunterhalt zu finden. Er hatte in Ingolstadt ein Notendatt zu Gesicht bekommen und der schlechte Druck desselben hatte in ihm den Gedanken angeregt, daß sich nach dem von ihm erfundenen Steinbrudverfahren Roben schöner und genauer drucken lassen müßten. Daher setzte er sich in München mit dem ihm bekannten Hofmusikus und Komponisten Franz Gleißner in Verbindung, zeigte ihm einige nach seinem Verfahren hergestellte Probebrude von Notennoten und erweiterte durch die Schönheit dieser Drucke das Interesse des Komponisten für seine Erfindung in dem Maße, daß dieser sich aus freien Stücken entschloß, Senefelder die nötigen Mittel zur Einrichtung einer Notendruckeri vorzutreiben. Beide ahnten damals wohl nicht, daß aus dieser ersten geschäftlichen Beziehung eine Verbindung beider nahezu für das ganze Leben erwachsen sollte, denn auf Grund der finanziellen Unterstützung, die er Senefelder zuteil werden ließ, wurde Gleißner, übrigens ein ehrlicher und rechtshaffener Charakter, der Sogus Senefelders in dessen Unternehmungen zur Verwertung seiner Erfindungen, und dieses Verhältnis hat Jahrzehnte hindurch bestanden, ebenso wie Senefelder sein Leben lang Gleißner dankbar gewesen ist, daß dieser ihm als erster bereitwillig die Mittel für die Verwertung seiner Erfindung verschaffte, obwohl Gleißner selbst auch nur mangelhaft mit irdischen Gütern beglückt war.

Bei Beginn des Unternehmens verfügte Senefelder über eine kleine Presse, eine gewöhnliche Kupferdruckpresse mit zwei Walzen, die ihm seine Mutter hatte aufsertragen lassen. Ein Zimmermann hatte dieses Druckerzeugt ziemlich roh zusammengebastelt, aber sie hatte nur 6 Gulden gekostet, und um die vorhandenen Geldmittel zu schonen, ließ man es zu-

Nationalgeschichte durch die Dynastien gewesen, und so war auch das ganze Denken in Grenzen gebunden. Da bedeutet das Aufstehen des internationalen Gedankens im Proletariat eine revolutionäre Tat. Aber daraus, daß es sich um eine neue Idee handelt, ergibt sich noch nicht das Fehlen einer Berechtigung zu solch neuer Auffassung vom Dasein.

Das Proletariat ist sogar stolz auf sein internationales Brüdergefühl, und es kann einfach nicht gelehrt werden, daß auch die größten Geister des Menschengeschichts diesen Menschheitsglauben vertreten haben. Der berühmte Kirchhof, der Naturwissenschaftler, sagte: „Wenn ich die gesamte Geschichte der Menschheit übersehe, kann ich mich der Vorstellung nicht entschlagen, daß wir alle wirklich Brüder bzw. Schwestern sind. Das gilt selbst von Schwarzen und Gelben, wovon von der uns zunächst stehenden weißen Rasse.“ Und in diesem Sinne begriffen ja auch Bessing, Herber, Kant und Schiller die Humanität, das Wachen zur Menschheit und zum Menschentum als den tiefsten Menschenstern der Geschichte.

Daneben ist das internationale Gefühl nicht ein verschwommenes Wahngelübde, sondern es ist eine ganz klare, logische, wissenschaftliche Erkenntnis, deren Wirksamkeit zu einer stillen Pflicht wird. Es gibt keinen höheren sittlichen Gedanken als den Menschheitsgedanken.

Damit löst das Proletariat nicht die Bande, die es an seine Volkart hält. Jedes Volk hat seine Wesensart, die ein Recht auf Freiheit und Entfaltung hat, und Menschheit ist die Harmonie solch freier Völker.

Aber daß die Harmonie von freien Völkern werde, dafür ist der Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung. Der Kapitalismus dient weder Volk noch Menschheit. Er dient nur sich selbst. Er wirkt darum zerstörend, sowohl für Volk wie Menschheit.

Wenn das Proletariat durch den gemeinschaftlichen Kampf der kapitalistischen Macht entgegentritt, so trifft es also nicht das Volk, sondern die volksfeindliche Macht Mammon. Der Freiheit des Volkes dient das Proletariat vielmehr mit seinem Kampfe. Wir brauchen nur zu denken an unser eigenes Volk.

Was ist denn unseres deutschen Volkes Wesensart? „Das ist nicht des Deutschen Größe, obzusehen mit dem Schwert!“, sagte Schiller. Und Richard Wagner, der deutsche Meister, sprach von der Anlage der Deutschen, nach der sie „war nicht zu Herrschern, wohl aber zu Berechnern der Welt bestimmt sein dürfen.“

Dienen wir dieser von wahrhaft deutschen Meistern und Dichtern gerühmten Volksseele nicht, wenn wir ihr durch unseren Kampf Zeit und Ruhe erkämpfen, wenn wir dieser unserer idealen Seele den Boden des friedlichen Wachstums erstreben?

So ist der freigewerkschaftliche Kampf nicht Zerstörendes, sondern er trägt einen aufbauenden Wert in sich. Er dient der Freiheit von Persönlichkeit und Volk und damit der Harmonie der Menschheit. Er ist damit die Tat, die die tiefste Bessertigung und Verinnerlichung des Daseins in ihrem notwendigen Gefolge hat.

Aus dem Stein-druckgewerbe.

Celzig.

Mit Datum des 16. Januar wurde von der Vereinigung Leipziger Lithographischer Anstalten, unter Bezug auf den § 12 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, der § 2 unserer Mantelarbeitsbestimmungen, die Arbeitszeit betreffend, gekündigt. Nachdem den Gehilfen der bekannte Schiedspruch über Verlängerung der Arbeitszeit vom Reichsarbeitsministerium durch Verbindlichkeitsklärung aufgewungen worden war, gingen die Leipziger Prinzipale nacheinander daran, daselbe auch für die Hilfsarbeiter festzusetzen. Drei Verhandlungen haben stattgefunden, die aber ergebnislos verlaufen mußten, da die Gegenforderung unserer Lohnkommission, Erhöhung der Löhne, abgelehnt wurde. Unsere Löhne stehen innerhalb der Stein-druckkollegen im Reich am tiefsten und hinten auch sonst hinter anderen Industriezweigen weit her. Unter der Begründung, daß die Hilfsarbeiterschaft ihren Friedenslohn erreicht habe, wurde der Forderung jede Berechtigung abgesprochen. Jeder vernünftige Mensch weiß und jeder Kauf-

nächst bei dieser Presse bewenden, zumal sie trotz ihrer einfachen Bauart ganz gute Abdrücke liefert. Dagegen wurden Steinplatten, Papier und sonstige Druckmaterialien beschafft. Als erstes Druckwerk wurden zwölf Wieder- mit Klavierbegleitung, ein Jägermarsch und noch einige andere Musikstücke, die Gleißner komponiert hatte, in Aussicht genommen. Senefelder schrieb die Noten auf Stein und druckte sie mit Hilfe eines Tagelöhners 12mal ab. Alle Arbeiten zusammen, Komponieren, Schreiben und Drucken, nahmen etwa 14 Tage in Anspruch. Von den hergestellten Drucken wurden 100 Exemplare an einen Musikverleger verkauft, der dafür 100 Gulden zahlte. Nach Abzug ihrer Unkosten verblieben für Senefelder und Gleißner ein Kleingewinn von haren 70 Gulden, ein Ergebnis, das ihre Hoffnung auf die weitere günstige Bewertung des neuen Druckverfahrens gewaltig befestigte. „Ich gedenke damals“, schreibt Senefelder in seinem Buche, „so viel an fröhlicher Hoffnung, daß ich mich für reicher als Krösus hielt.“ Weitere Einnahmen aus dem Unternehmen folgten. Dem Kurfürsten wurde ein Abdruck des Werkes überreicht, wofür den beiden Verbindeten aus der Kabinetskasse 100 Gulden ausbezahlt wurden; auch wurde ihnen ein Privileg, also ein Patent auf das neue Verfahren in Aussicht gestellt. Der Druck einer weiteren Komposition Gleißners, ein Duett für zwei Stimmen, brachte weitere 40 Gulden ein und außerdem erhielt ihnen die Gräfin Herting einen Auftrag auf den Druck einer Kantate auf den Tod Mozarts, für den ein Preis von 150 Gulden vereinbart wurde. Auch der Akademie der Wissenschaften in München wurde ein Exemplar des hergestellten Notenbuchs nebst einer genauen Beschreibung des Verfahrens überreicht. Die Akademie äußerte sich ebenfalls sehr günstig über das neue Verfahren und ließ dem Erfinder eine Ehrenprobe von 12 Gulden überreichen mit der Berechnung, daß nach den eigenen Mittelungen des Erfinders dessen Barauslagen für die Erfindung 6 Gulden betragen hätten und er mit dem Doppelten dieses Betrages als Anerkennung und Lohn für seine Arbeit wohl zufrieden sein könnte. Senefelder bemerkte zu dieser gerade nicht sehr noblen Spende, daß er eigentlich

mann wird das bestätigen, daß die Part des Friedens nicht den Realwert hat wie die wertbeständige Part von heute. Derartige Wissen geht unseren Stein-druckbesitzern vollständig ab, wie aus vorstehendem zu ersehen ist.

In der zweiten Verhandlung wurde hervorgehoben, den verkehrten Steinscheitern über 24 Jahr 2 Mt wöchentlich zugulden, so daß der horrenden Lohn von 22,88 Mt. für eine volle Woche harter Frohn in Wasser, Schlamm und Dreck erreicht würde. Auch den verkehrten Hilfsarbeitern besetzten Alters sollte man 1 Mt. bis 1,50 Mt. gemäßverweise ausbezahlen. Der fürstliche Lohn würde dann 20,98 Mt. betragen. Für das übrige Hilfspersonal, speziell für unsere Kolleginnen, sei es vollständig ausgeschlossen, irgendwelche Aufbesserungen zugulden, Begründung dieselbe wie in der ersten Sitzung. Unter der ausdrücklichen Versicherung, daß nur dann das Trinkgeld, als etwas anderes kann man es nicht bezeichnen, als zugulden gilt, wenn, aber nur wenn 53 Stunden pro Woche geschuftet werden. Sollten aber vielleicht schon irgendwo Zulagen erfolgt sein, dann kommen dieselben mit in Anrechnung.

Die am 1. April stattgefundene dritte Verhandlung setzte aber allem die Krone auf. Daß die Arbeitszeitfrage wieder in den Vordergrund geschoben wurde, bedarf bei der wohlwollenden Einstellung unserer Leipziger Stein-druckbesitzer ihren Arbeitern gegenüber keiner besonderen Erwähnung. Kommen wir also zu uns vorgelegten Zulagen, Parken, dem Lohnausgleich, wie es diese Herren so schön bezeichnen.

Die erfolgten Angebote sind pro Woche für:

Hilfsarbeiterinnen:	14-15 Jahre	79 Pf.
	16-17	68
	18-17	6
	17-18	6
	18-20	40
	über 20	58
Anlegerinnen:	Notar-Anlegerinnen	97
	Apparatführerinnen	59
	Anlegerinnen	59
	Abdruck-Anlegerinnen	59
	Auslegerinnen über 18 Jahre	47
	unter 18 Jahren	48

Hilfsarbeiter:	14-15 Jahre	nichts
	16-16	„
	18-17	„
	17-19	„
	19-21	berheiratet
	19-21	ledig
	21-24	berheiratet
	21-24	ledig
	über 24	berheiratet
	24	ledig
Stein-scheiter:	17-19	nichts
	19-21	berheiratet
	19-21	ledig
	21-24	berheiratet
	21-24	ledig
	über 24	berheiratet
	24	ledig

Maßgebend sind diese Sätze bei abständiger Arbeitszeit. Eine Schamrö'sche Notiz dabei den Prinzipalverhandlern nicht ins Gesicht. Wertwürdigerweise hat man bei den Hilfsarbeitern von 14 bis 21 Jahren überhaupt vergessen. „Lohnausgleich“ vorzunehmen. Die am 2. April vermittelten Funktionäre brachten unabweisbar zum Ausdruck, daß nun auch ihre Schuld zu Ende ist und sie sich eine derartige Provokation nicht gefallen lassen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

„Die Vertrauensleute des Stein-druckgewerbes betraden das Angebot der Prinzipale als blühigen Hohn. Man kann die angebotenen Summen nur als Sterbegelder betrachten. Die Funktionäre lehnen es ab, sich zum Totengräber ihrer Kollegen zu machen. Sie fordern von der Lohnkommission, den Unternehmern gegenüber einen festen Standpunkt einzunehmen und solche Angriffe auf Ehre und Existenz der Hilfsarbeiterschaft gebührend zurückzuweisen.“

Weiter wurde beschlossen, sofort ihre Forderungen am Donnerstag, vormittag 10 Uhr, in allen Betrieben ihren Geschäftsleitungen zu unterbreiten. Bis Freitag mit-ag ver-

langn die Belegschaften Antwort über Annahme oder Ablehnung. Erfolgt Ablehnung, dann sieht sich die Kollegenchaft gezwungen, das letzte Mittel anzuwenden. Die Stein-druck-unternehmer sind gewarnt. Aufzutritt gespannt verprängt der Bogen über auch für die Kollegenchaft zeigt dieses Schicksalsbeispiel, wo sie Schutz und Hilfe gegen ein derartiges Ausbeutertum findet. Nur die Organisation, der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, kann hier Abhilfe schaffen. Mithilfe die Disziplin und Sühnigen auf. Sorgt für Aufklärung unter der jungen Kollegenchaft. Ueberzeugt die Indifferenten, um geschlossen einem solchen Unternehmertum so entgegenzutreten zu können, daß es ihm vergeht, ein zweitesmal eine derartige Verhöhnung des Hilfs-personals zu versuchen.

Aus den Zahlstellen.

Chemnitz. In Anbetracht der steigenden Empörung unter den Mitgliedern über das Verhalten der Prinzipalvertreter bei den letzten zentralen Lohnverhandlungen fand am 2. April eine Mitgliederversammlung zu dem Zweck statt, gemeinsam zu beraten, welcher Weg eint. eingeschlagen werden muß, um die zurzeit bestehenden Hungerlöhne aufzulösen. Im Referat gab Kollege Findeberth einen Überblick über den zurückgelegten Lebensweg der deutschen Arbeiter im allgemeinen. Aber für das Hilfspersonal im graphischen Gewerbe sei dieser Lebensweg außerordentlich schmerzhaft und qualvoll gewesen. Obwohl das Unternehmertum, unter Führung der Hyänen des Kapitalismus, infolge der erbärmlichen Löhne bei Millionen von Menschen durch Unterernährung den Körper der Arbeiter gemürbt habe, trotzdem geht daselbe Unternehmertum brutal und grausam gegen die in Not und tiefstem Elend lebende Arbeiterchaft organisiert vor. Die Erklärung der Prinzipalvertreter bei den letzten Verhandlungen, bis 31. Mai keine Zulagen geben zu können, da sich das Gewerbe erst noch mehr erholen müsse und jetzt eine Lohnaufbesserung nicht ertrage, sei nichts anderes als eine direkte Verhöhnung des gesamten Hilfs-personals. Es sei geradezu eine Schande, wenn 19jährige Hilfsarbeiterinnen einen Grundlohn von pro Woche Mt. 8,57 haben, die Jugendlichen einen Lohn von 3,50 Mt. Von diesen Summen gehen noch die Abzüge ab. Es sei wohl erklärlich, daß der direkt erfolgte Lohnabzug geradezu nieder-schmetternd auf das Hilfspersonal eingewirkt habe. Doch trotz alledem wurde vom Referenten sowie von den Dis-tinktionsrednern ganz besonders betont, daß kein anderer Weg zu gehen übrig bleibt als die Geschlossenheit der ge-werkschaftlichen Organisation. Aber sehr scharf kam auch zum Ausdruck, daß gegen das Verhalten der Prinzipale schließlich doch kein anderes Mittel mehr möglich ist als rücksichtsloser Kampf. Den Willen und die Empörung des Hilfs-personals brachten die Berammelten in einer einmütig angenommenen Entschließung zum Ausdruck.

Die Mitgliederversammlung des graphischen Hilfs-arbeiterverbandes nimmt mit höchster Empörung Kenntnis von dem ablehnenden Standpunkt der Prinzipalvertreter bei den letzten Lohnverhandlungen. Ihre Begründung, bis zum 31. Mai keine Zulagen gewähren zu können, da sich das Gewerbe erst noch mehr erholen müsse, ehe es weitere Lohnzulagen gewähren könne, kann nicht anders aufgefaßt werden als eine direkte Verhöhnung des gesamten Hilfs-personals. Wenn das Hilfspersonal trotzdem noch Ruhe und Disziplin bewahrt, so nur deshalb, da es noch annimmt, daß durch einen Schiedspruch die Prinzipale gezwungen werden, eine angemessene Zulage bezahlen zu müssen.

Die Berammelten verlangen und erwarten vom Haupt-vorstand in Berlin, daß nun kein Mittel mehr unangewandt bleiben darf, um durch den stärksten und stärksten Druck die zurzeit bestehenden Hungerlöhne zu erhöhen. Selbst auf die Gefahr hin, daß das letzte einer Gewerkschaft zur Verfügung stehende Mittel ergriffen wird. Bei Aufruf zu diesem Schritt würde zweifellos das gesamte Hilfspersonal Deutschlands hinter dem Hauptvorstand stehen.

Weiter verpflichten sich die Berammelten, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die Einheit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation erhalten bleibt. Denn nur durch die Gewerkschaften sind die Arbeiter und Arbeiterinnen noch vor einer vollständigen Vereindung und wirtschaflichen Verelendung zu bewahren. In Anbetracht der niedrigen Löhne ist auch dafür zu sorgen, daß in allen selber erst zur Erfindung der Lithographie im heutigen Sinne führte, die etwas ganz anderes als der Stein-hoch-druck darstellte. Mit dieser Wendung im Werdegange der Lithographie mußten wir uns nacheinander beschäftigen. Senefelder hatte von dem Oberstudienrat Steiner in München den Auftrag erhalten, ein Jesusbild, das einem Ratschismus beigelegt werden sollte, durch Stein-druck zu vervielfältigen. Veranlassung zu diesem Auftrag hatte Steiner die bereits erwähnte Bagnette eines brennenden Hauses auf einem der von Senefelder gedruckten Notenblätter gegeben. Steiner hatte das Bild so gefallen, daß er Senefelder die Anregung gab, seine neue Kunst, die er bis dahin nur für den Druck von Noten ausgießt hatte, auch für den Bild-druck zu verwenden, und ihm also den Druck des Jesu-bildes übertrug. Senefelder übernahm den Auftrag, aber da er ein schlechter Zeichner war und ihm die zeichnerische Uebertragung des Bildes auf die Steinplatte, die natürlich vereinfacht erfolgen mußte, Schwierigkeiten bereitete, so suchte er, wie immer in solchen Fällen, die Schwierigkeiten durch Auffindung eines leichteren Verfahrens zu umgehen. Schon vor dem hatte er die Erfahrung gemacht, daß ein mit Bleis-tift beschriebenes und angefeuchtes Papier, das auf dem polierten Stein unter einer Presse durchgezogen wurde, auf dem Stein einen Abdruck der Schrift in Spiegelschrift hinterließ. Daraus folgerte er, daß sich auch eine Linie finden lassen müsse, die an Stelle des Bleistiftes verwandt, einen noch deutlicheren und stärkeren Abdruck auf dem Papier ergäbe müssen. Aus Vernein, Seife und Riechpulver stellte er eine Lauge her, die diesen Anforderungen entsprach. Mit dieser Lauge ließ er von einem Notenschreiber die Noten auf ein Stück Papier schreiben, presste die Schrift auf den Stein und erhielt einen genauen und deutlichen Abdruck in schönster Notenschrift auf dem Stein. Damit hatte er zunächst das Prinzip des Ueberdrucks von Papier auf Stein gefunden, womit das direkte Schreiben auf dem Stein selbst, das schwierig und zeitraubend war, weil es natürlich in Spiegelschrift ausgeführt werden mußte, überflüssig gewor-den war.

Freundes- und Bekanntenkreise für die Klärung über unsere Löhne gesorgt wird, damit sich alle Mäßen, aber ganz besonders die Jugendlichen, von unserer Brande fernhalten.

Weiter verlangt die Versammlung, daß in diesem Jahr der Verbandstag stattfinden soll. Es soll und muß Stellung genommen werden, welcher Weg einzuschlagen ist, um die elende Lage des Hilfspersonals zu verbessern."

Dresden. Am 1. April tagte eine überfüllte Versammlung des Buchdruckerhilfspersonals. Kollege Herrmann referierte über die geschickten Lohnverhandlungen. In fast einhelliger Ausführungen gerückte er die abweisenden Gründe der Arbeitgeber. An der Hand von Zahlenbeweis er den guten Geschäftsgang und die sich daraus ergebenden Verdienste. Erstaunen rief die Mitteilung herab, daß 3. B. eine größere Dresdener Tageszeitung für ganzjährige Inserate 648 Mk. fordert und an einer Nummer am 30. März allein 20 736 Mk. Nettogewinn erzielt. Weiterhin erwies er auf die beobachteten Neuanschaffungen von Maschinen, Schriftmaterial, Autos, Umkleekabinen der Betriebe, Uml- und Neubauten von Geschäftsräumen. Das sei der beste Beweis der Gewinnerzielung im Gewerbe. Den Druckpreis, der noch 130 Proz. höher sei als der Friedenspreis, die niedrige Entlohnung, die jetzt nur 17 Proz. des Lohnanteils an den Produktionskosten zum Unterschied von 40 Proz. in der Vorkriegszeit betrage, behandelte der Redner eingehend. Diese Ausführungen wurden durch sich immer wiederholende Empörungsrufe begleitet. An diesen Gewinnbeispielen gemessen, sei die geforderte Lohnhöhe als eine gerechte und für das Gewerbe wohl tragbare zu betrachten. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Kollege Herrmann zum engen Zusammenhalt und zur gewerkschaftlichen Disziplin auf, die als Grundbedingung zur erfolgreichen Abwehr der geplanten Arbeitgeberpraktiken zu betrachten sei. Die hierauf einsetzende Ansprache war eine sehr rege. Allgemein kam darin zum Ausdruck, daß alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden sind, um eine Verbesserung der niederen Löhne zu erzielen. Einstimmig wurde dann eine Resolution angenommen, in der es heißt: Das Buchdruckerhilfspersonal Dresdens protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das rücksichtslose Verhalten der Prinzipalvertreter bei den am 26. März stattgefundenen Lohnverhandlungen. Alle Not und Entbehrung der Hilfsarbeiterschaft, besonders in den vergangenen Jahren, scheinen jene Herren vergessen zu haben. Die Hilfsarbeiterschaft aber wird diese Zeiten niemals vergessen können, da sie tagtäglich in der Familie, im Haushalt immer und immer wieder die Folgen dieser Zeit sieht. Die Geduld ist nunmehr zu Ende. Hat die Hilfsarbeiterschaft im Interesse des Gewerbes unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse diese fruchtbarsten Opfer gebracht, so fordert sie in der Zeit der aufsteigenden und guten Konjunktur, in der die Unternehmer des Buchdruckgewerbes hohe Gewinne erzielen, ihren Anteil an der Produktion. Sollten die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, so verpflichtet sich die Dresdener Buchdruckerhilfsarbeiterschaft, in den Betrieben sofort nach Bekanntgabe der Mitteilung durch die Organisation neue Forderungen an die Prinzipale zu stellen. Im Falle ungenügenden Entgegenkommens werden sie ihre Leistungen der Entlohnung anpassen und jedwede Arbeit über 48 Stunden ablehnen.

Hannover. Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen am 2. April. Kollege Wambacher wies auf unser Kampforgan „Solidarität“ hin und ermahnte die Mitglieder, sich noch reger an der Bestimmung zu beteiligen. Hierauf gab er einen Antrag über die Wiedereinführung der Sterbefälle bekannt, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Den Bericht über das Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen gab Kollege Spatula in längerer Ausführungen. Er erwähnte die Ablehnung der von den Buchdruckern gestellten Forderung von 35 Mk. Nach lebhafter Aussprache kam folgende Entschiedenheit zur Annahme:

„Die im Gewerkschaftshause von Hannover versammelten graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem abweichenden Standpunkt der Prinzipalvertreter. Diese Stellungnahme der Prinzipale zeigt, daß sie selbst bei gutem Geschäftsgang nicht gewillt sind, dem Hilfspersonal ausreichende Löhne zu gewähren. Während in Wort und Schrift von den Arbeitgebern immer die Not- und Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes hervorgehoben wird, zeigt dieses Verhalten der Buchdruckerbeitnehmer nicht von dem Willen, der Werte schaffenden Arbeiterschaft das zu geben, was ihnen zusteht. Die graphische Hilfsarbeiterschaft ist aber nicht gewillt, sich immer mehr zu einem Hebelndasein herabzulassen zu lassen, sondern ist entschlossen, durch festen Zusammenhalt den Anteil an Arbeitsvertrag sich zu erkämpfen, der zum Leben eines Kulturmenschen erforderlich ist.“

Nachdem der Kollege Wambacher den Versammelten die Pflicht der Beitragszahlung vor Augen geführt hatte, referierte er über die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage am 1. Mai und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich jeder seiner Pflicht an diesem Tage bewußt sein möge. Kassell. Mitgliederversammlung am 31. März. Wiederum hatte die Ortsverwaltung ihre Mitglieder zu einer Versammlung rufen lassen, um den Bericht über die geschickten Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Kollege Wiegstein schilderte eingehend die am 26. März ergebnislos verlaufenen Verhandlungen. 35 Mk. pro Woche in der Spitze, das war die Forderung der Gehilfenvertreter. Wahrsich bei der heutigen Zeit, da der Arbeiterschaft durch enorme Löhnen und die immer höher steigenden Preise für die Lebenshaltung das Leben fast unerträglich gemacht wird, nicht zu viel. Aber weit gefehlt, wenn man glaubte, bei den jetzt so sehr geschwommenen Herren Unternehmern Verständnis für die Notlage ihrer Arbeiterschaft zu finden. Im Gegenteil, durch nichts-sagende Gründe und der Weigerung, dann müssen eben 53 Stunden gearbeitet werden, suchten sich die Herren den so leicht begründeten Forderungen unserer Vertreter zu entziehen. Auch sei der Zeitpunkt noch nicht da, um dertartige Forderungen bewilligen zu können, da sich das Gewerbe noch weiter erholen müsse. — Es beantragten ein weiteres Bestehen des jetzigen Lohnabkommens bis zum 31. Mai. Daß unsere Vertreter auf dies unerträgliche Verlangen nicht eingehen konnten, liegt klar auf der Hand, zumal die Höhe der jetzigen Druckpreise und die gute Geschäftslage die Forderung der graphischen Arbeiterschaft voll und ganz gerech-

tigt. Den Ausführungen des Kollegen Wiegstein schloß sich eine lebhafte Diskussion an, deren Inhalt durch eine Entschiedenheit wiedergegeben wird. In ihr kommt zum Ausdruck, daß es die Kasse der Arbeiterschaft entschieden ablehnt, sich dem Willen der Unternehmer zu fügen, welcher nur darauf hinausgeht, sich die Löhne zu füllen und die Arbeiterschaft hungern zu lassen. Von der Zentralleitung erwartet die Mitgliedschaft, daß kein Mittel unversucht bleibt, die Pläne der Unternehmer zu zerstören und alles daran setzt, der Kollegenschaft, welche geschlossen hinter ihr steht, bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Die Mitglieder in Kassel sind jederzeit bereit, den Kampf für ihre gerechte Sache aufzunehmen.

Mainz. Die am 1. April 1924 vollzählig im Brauhaus „Zum goldenen Pfing“ versammelten Hilfsarbeiter der Mainzer Druckereien nehmen Kenntnis von dem Verlaufe der Verhandlungen der Tarifkommission in Berlin über die Neufestsetzung der Löhne im Buchdruckgewerbe. Sie sind empört über die Herausforderung der Prinzipalvertreter, die in ihrer Argumentation über die Ablehnung jeglicher Lohn-erhöhung zum Ausdruck kommt. In Mainz wird in starrer Konsequenz an den Mindestlöhnen des Buchdruckerhilfspersonals festgehalten. Selbst bei dem qualifizierten ältesten Berufs-hilfsarbeiter wird das Diktat der Prinzipalvertreter angewandt. Die Versammelten sehen in diesem Vorgehen eine rücksichtslose Provokation und Gewaltpolitik, die letzten Endes dem Gewerbe nicht zum Segen gereichen wird. Der mehrfachen Erhöhung der Druck-, Anker- und Abonnementpreise gegenüber läßt sich ein solches Vorgehen öffentlich nicht rechtfertigen. Durch die Tatsache, daß seit Wochen die Preise für Lebensmittel und Bekleidungsartikel eine steigende Tendenz aufweisen, kommt die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes in eine Notlage, wie sie in der Zeit der Inflation im besetzten Gebiet gewesen ist. Die Versammelten protestieren gegen eine solche Lohnpolitik, die sie stets tiefer ins Elend dringt. Sie erklären sich solidarisch mit den übrigen Berufsgruppen des Buchdruckgewerbes, und haben den festen Willen, gemeinsam mit ihnen den Weg zu gehen, der nötig wird, um eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen.

Süßfeld. — Wieder eine neue Kapitelle. — Nach vorausgegangener Agitation mit Biersener Kollegen wurde am 31. März in Süßfeld (Niederrhein) unter der Leitung der Kollegen Hauje und Schent aus Bieren eine Versammlung für das Steindruckhilfspersonal abgehalten. Die Kollegenschaft, die lange arbeitslos war und erst seit kurzer Zeit wieder vollbeschäftigt ist, war reiflos erschienen, auch Gehilfen waren zugegen. Nach einem kurzen Referat des Gauleiters Sellmann-Rön über Zweck und Bestrebungen des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands trat die Kollegenschaft einmütig und geschlossen in unsere Reihen. Von der Gründung einer eigenen Zählstelle wurde zunächst Abstand genommen. Die Kollegenschaft wird der erst vor kurzem gegründeten Zählstelle Bieren angegliedert, was leicht durchführbar ist, da die gewählte Kaffiererin in Bieren wohnt. — Hierauf erstattete der Gauleiter einen eingehenden Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen: Wie überall, will auch die Gruppe Niederrhein des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibeitender von der allgemeinen Arbeitszeitverlängerung und dem Lohnabbau profitieren. Da ihm, das gelingt, hänge schließlich von der Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft selbst ab. Lebensfalls würden die Unterhändler seinen Tarif unterstreichen, der nicht von der Kollegenschaft bei den derzeit obwaltenden Verhältnissen gebilligt werden könnte. Einen neuausgearbeiteten Tarifvertragsentwurf — den der Referent teilweise erläuterte — habe die Gauleitung schon vom ersten Verhandlungstage dem Syndikus des Schutzverbandes unterbreitet. Bis zum Abschluß des neuen Tarifs, der in der nächsten Woche zu erwarten sei, gelte der alte unverändert weiter. Nach Beantwortung mehrerer Anfragen über Tarif- und Lohnverhältnisse sowie Erledigung einiger organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten wurde die angeregte verlaufene Versammlung mit einem Vertrauens- und Treuegelöbnis zur Organisation geschlossen.

Trotz mancher Hemmnisse schreitet die Organisation im Gau I gut vorwärts — bis in die entlegensten Dörfer.

Rundschau.

Ein Gegenseitigkeitsvertrag über die Arbeitslosenfürsorge mit Oesterreich besteht seit Anfang März. Danach erhalten Arbeitslose, die während der letzten 24 Monate 26 Wochen lang eine versicherungspflichtige Beschäftigung in Oesterreich hatten, auch in Deutschland Unterstützung. Ebenfalls werden nützliche Arbeitsleistungen in Deutschland nach dem österreichischen Gesetz bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Bei dem starken Bedarf der Arbeitslosen zwischen beiden Staaten ist dieser Gegenseitigkeitsvertrag längst notwendig gewesen.

Werts- und Hausarbeit. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ist von den neugegründeten nationalen Berufsverbänden, die sich den großen freien oder christlichen Organisationen entgegenstellen, entzückt. „Vorwiegend Werts- und Hausarbeit sind die Forderungen des nationalen Verbandes. Diese haben die Erkenntnis, daß sich die Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen nicht die Macht irgendwelcher Verbände entscheidend ist, sondern der Stand der Volkswirtschaft und der in ihr vorhandenen Unternehmungen.“ Der Verfall rügt die Einstellung der Gewerkschaften auf rein materielle Werte und Strebungen. Man ist erstaunt, wieviel moralisches Pathos für die Vertretung der Idee des Wertsvertrages aufgebracht werden kann, wozu hohe Töne der Begeisterung und der sittlichen Erhebung der Autor findet. Wir möchten nur ganz nüchtern die „Arbeitgeberzeitung“ fragen: 1. Würden sich die Unternehmer dort, wo Wertsverträge geschlossen wurden, von den großen Unternehmerverbänden freimachen, damit nicht die Macht irgendwelcher Verbände entscheidend sein soll? 2. Die Einstellung auf rein materielle Werte und Strebungen. So bedauerlich sie ist, hängt bei dem Arbeiter mit seinem Notstand, beim Unternehmer aber mit dem Profit zusammen. Werden die Unternehmer in der Zukunft auf „materielle Strebungen“, d. h. auf Vermehrung ihrer Profite verzichten? 3. Werden die „idealistischen Bestrebungen“ der Unternehmer den Arbeiter beim Abschluß des Wertsvertrages schänden. Wird nicht vielmehr der Arbeiter, der übrigens, besonders in den kleineren Betrieben, die Lage des Arbeitsmarktes gar nicht zu überblicken ver-

mag, dem Unternehmer völlig ausgeliefert werden? Stellt man die Fragen so einfach und nüchtern, so wird sich bald ergeben, daß die Werts- und Hausarbeit, so wie diese die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ vertritt, allein dazu dienen werden, die Macht und die Profite der Unternehmer zu steigern.

Der Lohn der Arbeit. Die Unternehmer im graphischen Gewerbe können den Mund nicht voll genug nehmen, wenn sie ihre Verdienste um die Behandlung und Entlohnung der bei ihnen beschickten Arbeiter preisen. Bei jeder Gelegenheit verüben sie, daß gerade ältere Arbeiter bei ihnen besonders geschätzt werden. Wie es um ihr Wohlwollen für Arbeiter, die ein Leben lang für sie geschuftet haben, bestellt ist, zeigt folgende Mitteilung des sozialistischen Pfarrers Franke: „Mitte Februar geleitete ich auf den Friedrich-Werderischen Kirchhof einen 79-jährigen Mann zu Grabe. Er war seines Zeichens Steinbruder gewesen. In diesem Beruf, der mit schwerer körperlicher Anstrengung verbunden ist, hat er 57 Jahre ununterbrochen im Dienst ein und derselben Firma gestanden, einer größeren Stein-druckerei in Neufuß. Als der Krieg begann, wurde er entlassen, ohne jede Pension oder sonstige Vergütung. Anspruchlos und beschiden, wie er war, nahm er es ohne Murren hin, obwohl er zu Hause eine seit 11 Jahren ge-liebte Frau liegen hatte. Er hat dann noch während des Krieges als Steinbruder bei anderen Firmen Arbeit gesucht und gefunden, bis es nicht mehr ging. Die Liebe und Anhänglichkeit seiner Kinder bewachte ihn vor Not und Entbehrung und hat es zugebe gebracht, daß dieser Mann bis zu seinem 80. Lebensjahre ununterbrochen blieb. Dabei hat er während seiner 57-jährigen Tätigkeit bei der einen Firma nicht ein m a Urlaub gehabt; er ist nie krank gewesen! Und wenn er aus Anlaß der Konfirmation seiner Kinder je einmal einen Tag von der Arbeit wegblieb, hat er sich müssen einen Lohnabzug dafür gefallen lassen.“ — Wahrhaft eble Menschen, die Unternehmer.

Doppelte Moral. Die Apostel der Kommunisten über-bieten sich bekanntlich auf Befehl von Moskau — um die Einheitsfront der Arbeitnehmer herzustellen — in wüsten Beschimpfungen der reformistischen, auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Gewerkschaftsfunktionäre. So hatte die kommunistische Parteipresse auch anfänglich des Streiks der Dockarbeiter in England in spaltenlangen Artikeln über die „verräterischen Führer“ der englischen Dockarbeiter hergezogen. Zur selben Zeit wurde eine Gruppe gefangener Dockarbeiter aus Odesa über Char-faw nach Moskau gebracht. Das „große Verbrechen“ dieser Arbeiter bestand darin, daß sie vor einem halben Jahre, im Juni 1923, in Odesa einen Streik der Dockarbeiter organisiert hatten. Die 23 „Verbrecher“ wurden in ihrer letzten Arbeitsleistung verhaftet, ein halbes Jahr durch verschiedene Gefängnisse geschleppt und schließlich im Winter in das Gefängnis Taganta in Moskau eingeliefert. In der- selben dünnem, zerrissenen Kleidung werden sie nun nach dem entferntesten Norden, nach Archangell und den Solow-jki-Inseln deportiert. Während der ganzen Zeit wurden sie in den Gefängnissen wie gemeine Verbrecher behandelt, und erst in Moskau bekamen sie zum erstenmal eine Zeitung zu Gesicht. Der Zufall fügte es, daß diese Zeitung die größten Lobspprüche über die Dockarbeiter enthielt — nämlich für die englischen Dockarbeiter, die in den Streik getreten waren!

Abrechnungen.

Vom 31. März bis 5. April gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:

- Gau 2. Frankfurt a. M. 50,— Mk.
- Gau 3. Stuttgart 300,— Mk.
- Gau 4. Rördlingen 14,90 Mk.
- Gau 4a. Nürnberg 940,— Mk.
- Gau 5. Oberbach 8,10 Mk.
- Gau 7. Koblenz 7,— Mk.
- Gau 9. Hofmann 1800,— Mk.

Abrechnungen des 4. Quartals gingen ein aus Gau 1 Bezirt Rön, Gau 3 (Stuttgart), Gau 9 (Hannover).

Mit der Abrechnung des 4. Quartals stehen noch aus Gau 7 und Gau 10. Berlin, den 5. April. 1924. J. Bodahl.

Literatur.

- „Frühling im Sibirien.“ Ein Mädchenbrot von Franz Altmann. Arbeiterverlag, Berlin SW, 68, Lindenstr. 3. Auftragsbestell bei Abnahme von 15 Exemplaren. 0,30 Mk.
- „Kreuzer.“ Ein Gedichtband von Karl Glaser. 38 Seiten. 0,30 Mk. Arbeiterverlag-Berlin, Berlin SW, 68, Lindenstr. 3.
- Konrad Maccombs. Eine interessante Skizze des Lebens des englischen Premierministers erklärt im Sichte-Verlag, Berlin. Preis auf Kartoniert 1,00 Mk. Der Betrieb des lebensdienlichen Buches hat die Verlagsgesellschaft des VDA, Berlin S. 14, Inselstr. 6, übernommen.

Am 27. März verunglückte der Hilfsarbeiter, das Betriebsratsmitglied und frühere Vertrauensmann **Friedrich Dahlheim** (i. Ja. Leipziger Verlagsgesellschaft) tödlich. Durch seinen aufrichtigen Charakter und Wirken für seine Kollegen im Betriebe sowie für die Gesamtorgane hat er sich ein ehrendes Gedenken für alle Zeit gesichert.

Am 28. März starb nach kurzer Krankheit die Hilfsarbeiterin **Elsa Marx** (i. Ja. C. O. Röber) im Alter von 21 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen **Zählstelle Leipzig**.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mit-glied, die Hilfsarbeiterin **Frida Wiedemuth** (i. Ja. Arch. & Sommerlad) plötzlich und unerwartet im jugendlichen Alter verstorben ist. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. **Die Mitgliedschaft Dresden.**

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Meer-schdstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1828. Verlag: S. Bodahl, Charlottenburg. Best.-Angabe für Gros-Berlin: W. Witten-burg, Berlin. — Druck: Formata-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin SW, 68.